

Übersichten

Dezember 2001

Außenpolitik

1 Besuch Jiangs unterstreicht Chinas Interesse an Myanmar

Erstmals nach Jahrzehnten fand Mitte Dezember wieder ein Besuch eines chinesischen Staatsoberhauptes in Myanmar statt. Präsident Jiang Zemin reiste mit großem Gefolge nach Rangoon und wurde dort im Rahmen seines viertägigen Staatsbesuchs von den drei ranghöchsten Generälen der Militärjunta, General Than Shwe, General Maung Aye und General Khin Nyunt, empfangen. Offizieller Gastgeber war General Than Shwe in seiner Funktion als Premierminister von Myanmar und Vorsitzender des State Peace and Development Council. Gemeinsam mit Jiang reisten in der mehr als 100 Personen umfassenden Delegation der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan, Vizepremier Qian Qichen, Außenhandelsminister Shi Guangsheng, Agrarminister Du Qinglin, weitere hochrangige Politiker und chinesische Firmenchefs.

Bei diesem Besuch Jiangs handelt es sich um den ersten eines chinesischen Staatsoberhauptes seit den fünfziger Jahren.

So waren chinesische Medien in ihren üblichen Einschätzungen über langwährende Freundschaft zwischen dem besuchten Staat und China gezwungen, die insgesamt neun Besuche des damaligen chinesischen Premiers Zhou Enlai in Myanmar, sowie die zwölf Besuche General Ne Wins als Beleg für die engen historischen Kontakte zwischen Myanmar und China zu bemühen.

Die Ironie der Geschichte steckt allerdings in der Tatsache, dass sich die chinesische Regierung in den sechziger Jahren dann entschloss, die Kommunistische Partei Myanmars zu unterstützen, die den an China grenzenden Norden des Landes kontrollierte und sich zum Ziel gesetzt hatte, die Regierung ausgerechnet jenes General Ne Win zu stürzen, der so eifrig China besucht hatte. Das Ergebnis war eine Jahrzehnte andauernde Sprachlosigkeit zwischen den beiden Nachbarstaaten, die so weit ging, dass noch vor wenigen Jahren chinesische Reimporte aus Myanmar über Sri Lanka abgewickelt wurden.

Eine Wende in dieser verhärteten Situation trat erst ein, als der aufgrund der Niederschlagung der Demokratiebewegung unter der noch heute unter Hausarrest stehenden Daw Aung San Suu Kyi international isolierten Militärjunta kein anderer Ausweg als eine Annäherung an den übermächtigen nördlichen Nachbarn blieb. Die am Boden liegende Wirtschaft war und ist auf Warenlieferungen, Investitionen und Finanzspritzen aus der Volksrepublik China ebenso angewiesen wie das Militär auf Waffenlieferungen. Wirtschaftlich konnte China hier in dem Maße an Boden und Einfluss gewinnen, wie westliche Firmen unter dem Druck der Öffentlichkeit in den letzten Jahren zurückwichen. So ist das bilaterale Handelsvolumen während der letzten Jahre auf 600 Mio. US\$ per anno angewachsen. Mit einem Anteil von 15% des gesamten Handelsvolumens Myanmars ist die VR China damit zum wichtigsten Handelspartner nach Singapur und Thailand aufgestiegen. Für die chinesische Provinz Yunnan ist Myanmar der wichtigste Handelspartner.

Im Hinblick auf Investitionen nimmt die Volksrepublik China zwar bisher nur Rang 15 ein, doch ist der deutliche

Wille zu erkennen, die Investitionstätigkeit stark auszuweiten. Im beiderseitigen Interesse liegen hier insbesondere Infrastrukturprojekte. So ist die Schiffbarmachung des Mekong bereits im Gange. Hafen- und weitere Wasserbauprojekte entlang des Mekong, des Salween und des Irrawady sind im Gespräch oder bereits in der Planung. Hinzu kommen Straßen-, Eisenbahn- und Energieprojekte. Unter den Dutzenden Großprojekten, die chinesische Firmen in Myanmar bereits begonnen haben, befinden sich auch drei hydroelektrische Kraftwerke.

Dieser wachsende wirtschaftliche Einfluss Chinas in Myanmar ist dort jedoch bei weitem nicht unumstritten. So existieren bereits seit geraumer Zeit Berichte, die für Mandalay und andere Städte von einer drohenden Überfremdung aufgrund der deutlichen Präsenz von chinesischen Händlern sprechen. Unmut regt sich in der Bevölkerung auch über den sichtbaren Wohlstand und die inzwischen entstandenen luxuriösen Häuser von Chinesen in Myanmar, wodurch sich die ortsansässige Bevölkerung zunehmend als Bürger zweiter Klasse im eigenen Land empfindet.

Auch auf Seiten der Militärjunta herrscht eine ambivalente Haltung gegenüber den Segnungen aus China. Aus Armeekreisen ist verschiedentlich zu hören, bei den aus China gelieferten Waffen und Ausrüstungen handele es sich nur um solche minderer Qualität. Daneben überwiegt vielfach die historische Furcht vor einer möglichen chinesischen Dominanz. Nicht zuletzt darauf dürfte es zurückzuführen sein, dass Verkehrsprojekte, die China mit Vehemens vorantreiben möchte, bislang auf burmesischer Seite deutlich weniger enthusiastisch verfolgt werden. Zum einen handelt es sich dabei um die Eisenbahnverbindung zwischen Kunming in Yunnan und Rangoon, zum anderen ist davon die chinesischerseits bereits weit fortgeschrittene Wiederherstellung des alten Burma Highways aus dem Zweiten Weltkrieg betroffen.

Für China stellt sich Myanmar in erster Linie als hervorragend geeignete Landbrücke nach Süd- und Südostasien sowie zum Indischen Ozean an – sowohl für den chinesischen Handel mit den ASEAN-Staaten als auch aus mili-

tärstrategischer Sicht. Daneben spielt hier, wie inzwischen fast überall in der chinesischen Außenpolitik, die langfristige Sicherung von Energie- und Rohstoffquellen eine wichtige Rolle. Daher stand während des Besuchs Jiang Zemins auch die Unterzeichnung zweier Verträge der China National Petroleum Corporation International Ltd. mit Partnern in Myanmar über die gemeinsame Erschließung von Erdöl- und Erdgasvorkommen des Ölfelds Prome in Shwetaung auf der Agenda.

Insgesamt wurden im Rahmen von Jangs Besuch chinesische Investitionen im Umfang von etwa 100 Mio. US\$ in den Bereichen Infrastruktur, Landwirtschaft und Human Resources angekündigt. Gleichzeitig wurde zwischen den zuständigen Ministern beider Staaten eine Reihe von bilateralen Verträgen unterzeichnet. Shi Guangsheng setzte seine Unterschrift unter eine Vereinbarung über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie eine Vereinbarung über die Förderung und den Schutz von Investitionen. Im Landwirtschaftsbereich umfassen die unterzeichneten Verträge eine Zusammenarbeit in der Tier- und Pflanzenhygiene, der Quarantänebestimmungen sowie der Fischerei.

China lässt sich seine Ambitionen also durchaus etwas kosten. Das ist jedoch inzwischen auch mehr denn je notwendig, denn auch Japan und Indien haben Myanmar ökonomisch, in erster Linie aber politisch für sich entdeckt. Auch Taiwan hatte zuletzt vor zwei Jahren den Versuch gestartet, die Militärregierung in Rangoon über das Angebot eines zinsfreien Kredites in Höhe von 25 Mio. US\$ in sein Boot zu ziehen. Myanmar seinerseits ist durchaus daran interessiert, auch die Beziehungen zu diesen Staaten auszubauen, um die Abhängigkeit von der Volksrepublik China in Grenzen zu halten.

Aber auch unabhängig von diesen außenpolitischen Konkurrenten ist die chinesische Regierung in mehrfacher Weise auf die Kooperation der Militärjunta Myanmars angewiesen. Im Zusammenhang mit seinem wachsenden eigenen Drogenproblem und seiner Rolle als Transitland für harte Drogen steht für China eine Zusammenarbeit mit Myanmar schon seit längerer Zeit ganz oben auf der chi-

nischen Agenda. Schließlich ist dieser südliche Nachbar Chinas nach wie vor zweitgrößter Lieferant von Amphetaminen für den weltweiten Markt illegaler Drogen. Es war daher auch im Vorfeld des Besuchs Jiang Zemins erwartet worden, dass dieses Thema breiten Raum in den bilateralen Konsultationen einnehmen würde. Im Nachhinein ist davon jedoch nichts bekannt geworden. (FT, 13.12.01; SCMP, 11.12., 13.12., 14.12.01; XNA, 11.12., 12.12.01; IHT, 31.12.01; TV Myanmar, 12.12.01, nach BBC PF, 14.12.01; RMRB online, 13.12.01, nach BBC PF, 15.12.01; Xinhua, 13.12.01, nach BBC PF, 14.12.01; Xinhua, 13.12.01, nach BBC PF, 15.12.01; Democratic Voice of Burma, 18.12.01, nach BBC PF, 20.12.01) -kg-

2 Reger Austausch mit der vietnamesischen Schwesterpartei

Von Ende November bis in die zweite Dezemberhälfte erfreute sich China großer Beliebtheit als Reiseziel der kommunistischen Führungselite Vietnams. Den Anfang machte vom 30. November bis zum 4. Dezember der offizielle Freundschaftsbesuch des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Vietnams, Nong Duc Manh. Der vietnamesische Parteigast traf auf diesem Antrittsbesuch als neuer Generalsekretär der KPV mit Jiang Zemin ebenso zu Gesprächen zusammen wie mit Vizepräsident Hu Jintao, Li Ruihuan, Li Peng und Zhu Rongji.

In diesen Gesprächen wurde die positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern seit deren Normalisierung vor nunmehr zehn Jahren beschworen. Zu diesem Zweck wurde neben den Erfolgen im Grenzhandel insbesondere die tiefe Freundschaft zwischen den revolutionären Altvorderen beider Länder bemüht, um so das weniger rühmliche Intermezzo der kriegerischen Auseinandersetzungen entlang der gemeinsamen Grenze 1979 sicher umschiffen zu können. Weder das vietnamesische Volk noch die Partei werden je die umfangreichen Hilfen und die effektive Unterstützung vergessen, die das Land in seinem Kampf um Unabhängigkeit und Befreiung von China erhalten hät-

te, betonte Nong Duc Manh im Gespräch mit Jiang Zemin.

Man zeigte sich einig, dass beide Seiten aufgrund ihrer sehr ähnlichen nationalen Lage viel von den Erfahrungen des jeweils anderen im Hinblick auf wirtschaftlich-gesellschaftlichen Aufbau und die Modernisierung der nationalen kommunistischen Partei lernen könnten. Darüber hinaus waren sich beide Seiten einig, dass die Notwendigkeit bestehe, den hochrangigen Austausch auf diesen Feldern noch zu vertiefen.

Während der Parteichef und in dieser Funktion offizielle Gastgeber Nong Duc Manh sich in dem Meinungsaustausch weitgehend auf Themen der zwischenstaatlichen und internationalen Politik beschränkte, oblag es Hu Jintao als Vizepräsident und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralkomitees der KPCh, den vietnamesischen Gast über die „Situation bezüglich des Studiums und der Umsetzung der wichtigen Lehre von den Drei Vertretungen“ in China zu informieren, nachdem Nong Duc Manh nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua selbst Interesse daran bekundet hatte. Im Gespräch mit Jiang Zemin war diese diesem selbst zugeschriebene Idee nicht thematisiert worden.

Im Rahmen zweier weiterer Besuche hochrangiger Mitglieder der vietnamesischen Parteienomenklatura in der zweiten Dezemberhälfte war Li Peng als Parlamentspräsident und ebenfalls Mitglied des Ständigen Ausschusses des ZK der KPCh der Gesprächspartner im Zusammenhang mit dieser wichtigen Weiterentwicklung der chinesischen kommunistischen Ideologie. Er konnte diese neue Lehre Jiang Zemins einer Delegation der KP Vietnam unter der Leitung des Direktors der Zentralen Kommission für Ideologie und Kultur der KP Vietnam, Nguyen Khoa Diem, sowie dem Vorsitzenden des Präsidiums des Zentralkomitees der Vietnamesischen Vaterlandsfront näher bringen.

Ministerpräsident Zhu Rongji verwies indes auf die erfolgreiche Unterzeichnung sowohl des bilateralen Grenzvertrags über den Verlauf der Landgrenze zwischen beiden Nachbarstaaten, die Vereinbarung über die Demarkation beider Staatsgebiete im Golf von

Tonkin sowie die Kooperationsvereinbarung in der Fischerei. Diese Übereinkünfte bildeten nach Zhus Worten eine solide Basis für die „Schaffung einer friedlichen, freundlichen, stabilen und kooperativen Grenze zwischen China und Vietnam“. Er betonte weiterhin die Bedeutung, die die chinesische Regierung sowohl dem Grenzhandel als auch der Kooperation mit Vietnam beimesse. Insbesondere im bilateralen Handel wiesen beide Volkswirtschaften Zhu zufolge ein hohes Maß an Komplementarität auf.

Von größerem Interesse dürften insgesamt allerdings einige Bemerkungen Jiang Zemins zur internationalen Lage und der chinesischen Außenpolitik während seines Gesprächs mit Nong Duc Manh sein. Offensichtlich im Hinblick auf die Weltlage nach dem 11. September 2001 und die selbstgewählte Führungsrolle der USA im so genannten internationalen Kampf gegen den Terrorismus erklärte Jiang, trotz aller jüngster Veränderungen in der Welt sei die Entwicklung zum Multilateralismus keineswegs umgekehrt worden. Auch werde China unbeirrt an seiner unabhängigen Außenpolitik festhalten.

Im Rahmen des Besuchs Nong Duc Manh kam es in dessen und Jiang Zemins Anwesenheit zur Unterzeichnung einer „Vereinbarung über wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen den Regierungen beider Staaten“ und der „Rahmenvereinbarung über die Gewährung eines Vorzugskredites seitens Chinas an Vietnam“. Am Ende des Besuchs stand die Unterzeichnung einer gemeinsamen Stellungnahme zu den bilateralen Beziehungen, worin neben den genannten Vereinbarungen explizit auch der Willen bekundet wird, eine langfristige Zusammenarbeit bei der Ausbeutung der Bauxitvorkommen von Dulong zu fördern. Insgesamt sei es für beide Staaten notwendig und von Vorteil, Wege einer gemeinsamen Entwicklung im Rahmen einer freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehung zu suchen.

Nicht nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch die politische bilaterale und internationale Kooperation wird von der gemeinsamen Erklärung abgedeckt. So ist man sich einig im Widerstand gegen jeden Hege-

monismus und gegen jede Form von Terrorismus in gleichem Maße. Die geschichtlichen, zivilisatorischen und kulturellen Unterschiede seien ebenso zu akzeptieren wie unterschiedliche Gesellschaftssysteme und Entwicklungswege. In diesem Zusammenhang wird denn auch die positive Entwicklung der ASEAN insbesondere im Hinblick auf die Wahrung von regionaler Stabilität und Entwicklung gewürdigt. Und während Vietnam China ausdrücklich zur Aufnahme in die WTO beglückwünscht, unterstützt China im Gegenzug einen vietnamesischen Beitritt zu einem möglichst baldigen Zeitpunkt.

Dass das bilaterale Verhältnis keineswegs völlig ungetrübt ist, fand ebenfalls Niederschlag in der gemeinsamen Erklärung. So heißt es beispielsweise, beide Seiten wünschten die Beschleunigung der Verhandlungen auf der Grundlage des Fischereiabkommens, um sowohl dieses als auch den Demarkationsvertrag über den Golf von Tonkin schnellstmöglich zum selben Zeitpunkt auch implementieren zu können. Hinsichtlich der weiterbestehenden Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Südchinesischen Meeres verweist man auf die bisherigen Verhandlungsmechanismen, wünscht eine ruhige und konstruktive Verhandlungsatmosphäre und fordert gegenseitig voneinander, alle Handlungen zu unterlassen, die zu einer Verschärfung des Disputes beitragen könnten. Im Übrigen sollte die normale Entwicklung der bilateralen Beziehungen davon nicht beeinträchtigt werden.

Ganz im Sinne der gemeinsamen Erklärung zum Abschluss des Besuchs von Nong Duc Manh in China folgte die bislang sechste Verhandlungsrunde der bilateralen Expertengruppe zu maritimen Fragen vom 17. bis 18. Dezember in Beijing. Diese endete allerdings nach einem bloßen Austausch der Standpunkte erneut ohne greifbares Ergebnis. Man kam lediglich überein, die nächste Gesprächsrunde 2002 in Vietnam einzuberufen, ohne allerdings einen Termin festzulegen.

Einen Schritt weiter kamen beide Seiten hingegen im Zusammenhang mit der endgültigen Implementierung des Abkommens über die gemeinsame Landgrenze. In einer Zeremonie wurde am 27. Dezember zwischen

Dongxin im chinesischen Guangxi und dem vietnamesischen Mong Cai der erste Grenzstein errichtet. (Xinhua, 2.12.01, nach BBC PF, 4.12.01; ZXS, 30.11.01, nach BBC PF, 1.12.01; Xinhua, 1.12.01, nach BBC PF, 3.12.01; XNA, 1.12., 2.12., 5.12., 28.12.01; Xinhua, 18.12.01, nach BBC PF, 20.12.01; Xinhua, 20.12.01, nach BBC PF, 22.12.01; Voice of Vietnam, 7.12.01, nach BBC PF, 11.12.01; Voice of Vietnam, 19.12.01, nach BBC PF, 21.12.01) -kg-

3 Chinas Stand im Nahen Osten

Die Volksrepublik China hat den Wunsch, ihre freundschaftlichen und kooperativen Beziehungen zu den arabischen Ländern weiter auszubauen. Das sagte der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan am 26. Dezember im Rahmen einer Pressekonferenz während seines Aufenthalts in Ägypten, der letzten Station seiner Reise durch mehrere arabische Länder. Seine Reise, die ihn zuvor schon in den Libanon, nach Jordanien und nach Syrien geführt hatte, diene der Verständigung über die Nahostfrage, den globalen Terrorismus und die Afghanistanfrage.

Tang erklärte, zwischen China und den arabischen Ländern bestehe kein Interessenkonflikt. Damit wählte er eine Formulierung, die sich in auffälliger Weise von den Bekundungen der Übereinstimmung der Standpunkte, der Interessensgleichheit, der Völkerfreundschaft und der Komplementarität der Wirtschaften abhebt, die im Zusammenhang mit Staatsbesuchen gemeinhin von chinesischer Seite gebraucht werden.

So hieß es von chinesischer Seite auch lapidar, man sei sich einig im Wunsch, die bilateralen Beziehungen weiterzuentwickeln. Dazu schlage China vor, häufiger in den politischen Dialog einzutreten, um das gegenseitige Verständnis und das Vertrauen zu stärken. Ferner solle man enger miteinander kooperieren und sich im Rahmen der UNO und anderer internationaler Organisationen unterstützen. Auch die Ausweitung der wirtschaftlichen Kooperation auf den Feldern, in denen eine Komplementarität herrsche, sei wünschenswert.

Zum Nahostkonflikt äußerte Tang sich in Ägypten deutlich ausgewogener als er dies offenbar zuvor in Syrien getan hatte. In Kairo befürwortete er eine baldige Lösung der offenen Probleme auf dem friedlichen Verhandlungswege. Seine Vorschläge lauteten, Israel solle sich gemäß den entsprechenden UN-Resolutionen aus den besetzten arabischen Gebieten zurückziehen, damit die legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes wiederhergestellt werden könnten. Israels Sicherheit müsse gleichzeitig garantiert werden. Beide, Palästinenser und Israelis, müssten die Ergebnisse der vorangegangenen Friedensgespräche achten und das Prinzip „Land für Frieden“ anerkennen. Während China die „exzessive Anwendung von Gewalt gegen die Palästinenser durch Israel ablehne, trete es gleichzeitig gegen jegliche gewalttätigen Aktivitäten gegen unschuldige Zivilisten ein“, sagte Tang, ohne wörtliche Schuldzuweisung an die Seite der Palästinenser. Im Übrigen sollte die internationale Gemeinschaft ein stärkeres Augenmerk auf die Nahostproblematik legen und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine aktivere Rolle bei deren Lösung spielen.

Wenige Tage zuvor in Syrien hatte Tang doch wesentlich deutlicher Partei für die arabische Sache ergriffen. Mit seinem syrischen Amtskollegen Faruq al-Shar'a war er sich Berichten zufolge einig, dass sich in der israelischen Regierung offenbar zunehmend extremistische Standpunkte durchsetzten. Tang forderte explizit, Israel müsse sofort den willkürlichen Einsatz von Gewalt gegen das palästinensische Volk beenden und auch die Drohungen und die Aggression gegen Syrien und Libanon einstellen. China werde nicht aufgeben, die gerechte Sache der arabischen Länder zu unterstützen. Im Hinblick auf den neuerlichen Ausbruch von Gewalt zwischen Palästinensern und Israelis verurteilte Tang ausdrücklich die wiederholten israelischen Angriffe. Israel sei in erster Linie schuld an der Verschärfung der Lage im Nahen Osten. Syrien betreffend artikulierte Tang Jiaxuan die Unterstützung seines Landes für die Forderung nach vollständiger Rückgabe der von Israel besetzten Golanhöhen und aller anderen okkupierten arabischen Landgebiete.

Es ist anzunehmen, dass Tang diese deutlichen Worte wählte, um seinen Gastgebern zu gefallen, da sich die bilateralen Beziehungen zwischen China und Syrien bislang als sehr distanziertes Verhältnis zeigen. So zitierte die syrische Nachrichtenagentur SANA Tang mit den Worten, seine Reise diene der Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten, und er wolle die Gelegenheit nutzen, Standpunkt und Politik seines Landes gegenüber Syrien zu verdeutlichen. Offenbar bestand hier also Erklärungsbedarf.

Während Tang Jiaxuan Syrien zu seiner Wahl als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat beglückwünschte, wünschte sein Gastgeber, Präsident Bashar Al-Asad, mehr chinesisches Engagement im Nahostprozess.

Im Hinblick auf den internationalen Terrorismus und dessen Bekämpfung war man sich einig, dass jede Behandlung dieser Problematik mehr von der Analyse der Faktoren getragen sein müsste, die zu dessen Entstehung führten, anstelle sich nur in den Folgen von Terrorismus zu ergehen. Asad sagte, China könne hier durch seine ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat das Seine zur Erklärung der Gründe beitragen, und Syrien würde die Volksrepublik in diesem Unterfangen unterstützen.

Weiterhin herrschte Übereinstimmung in der Einschätzung, die militärischen Operationen, die derzeit gegen terroristische Kräfte in Afghanistan durchgeführt werden, müssten unter allen Umständen auf Afghanistan beschränkt bleiben; eine Ausweitung auf andere Regionen sei nicht hinnehmbar. Allerdings unterstütze Syrien China andererseits ausdrücklich in seinem Kampf gegen die terroristischen Kräfte Ostturkestans. Deutliche Kritik schwang jedoch in seinen Worten mit, als er erklärte, man müsse hierbei strikt zwischen Terrorismus und Islamismus differenzieren.

Während der ägyptische Präsident Mubarak während des Besuchs Tangs in seinem Land ankündigte, wie geplant im Januar China besuchen zu wollen, beantwortete der syrische Präsident Asad die Einladung des chinesischen Außenministers nur mit der vagen Formel, er wolle China gern besuchen, wenn der richtige Zeitpunkt da-

zu käme. (SANA, 22.12.01, nach BBC PF, 24.12.01; SANA, 23.12.01, nach BBC PF, 25.12.01; Xinhua, 23.12.01, nach BBC PF, 25.12.01; Syrian Arab Republic Radio, 23.12.01, nach BBC PF, 24.12.01; ZXS, 25.12.01, nach BBC PF, 26.12.01; Xinhua, 26.12.01, nach BBC PF, 28.12.01) -kg-

4 USA-China: Schulterchluss mit Rippenstößen

China und die USA kamen Anfang Dezember überein, ihre gemeinsamen Anstrengungen im Kampf gegen Terrorismus zu verstärken. Was zunächst als weiterer Schritt hin zu einer Verbesserung der nach wie vor getrübbten chinesisch-amerikanischen Beziehungen erscheint, hat bei näherem Hinsehen jedoch wenig Substanz. Die Meinungsunterschiede überwiegen.

Beschlossen wurde im Anschluss an einen mehrtägigen Verhandlungsbesuch des amerikanischen Gesandten für Terrorbekämpfung, General Francis Taylor, in Beijing, lediglich die Einrichtung eines halbjährlich stattfindenden bilateralen Gesprächsforums zu Fragen der Terrorismusbekämpfung, ein „häufigerer“ Informationsaustausch und die Gründung einer speziellen Arbeitsgruppe mit dem Ziel, die Finanzierung von terroristischen Netzwerken zu unterbinden. Zwar wird von amerikanischer Seite ein erster Besuch von chinesischen Finanzexperten bereits Anfang 2002 erwartet, doch in anderen Fragen scheint man wenig weiter gekommen zu sein.

So hatten die USA die chinesische Regierung bereits vor eineinhalb Jahren darum ersucht, ein Büro des FBI in Beijing einrichten zu dürfen. Dieses Ansinnen war von der chinesischen Seite bislang schlicht ignoriert worden, und auch die nun im Laufe der jüngsten Verhandlungen von Beijing geäußerte Bereitschaft darüber nachzudenken, nimmt das Ergebnis dieses Denkprozesses keineswegs vorweg.

Die chinesische Regierung ist im Gegenteil darüber verärgert, dass die USA bislang ihrerseits nicht bereit waren, von ihrer Kritik am chinesischen Vorgehen gegen muslimische Separatisten in Xinjiang abzulassen. China war und ist bemüht, die Unterdrückung der uighurischen Oppositions- und Unabhängigkeitsbewegung

als Teil des internationalen Kampfes gegen den weltweiten Terrorismus zu definieren. China versuchte diese Einschätzung mit Nachrichten zu untermauern, dass etwa 1.000 Muslime chinesischer Nationalität in Camps der Al Qaeda ausgebildet worden wären und zahlreiche Uighuren in Afghanistan auf Seiten der Taliban gekämpft hätten. Erstmals bestätigte General Taylor nun, dass US-Truppen in Afghanistan auch mehrere chinesische Staatsbürger aus Xinjiang festgenommen hätten. Dem Auslieferungsverlangen Beijings wolle man jedoch nicht nachkommen. Auch zu einer Definition der oppositionellen uighurischen Gruppen, die für einen unabhängigen Staat Ostturkestan eintreten, als terroristische Vereinigung, sei man auf amerikanischer Seite nicht bereit.

Die Differenzen zwischen Washington und Beijing sind jedoch keinesfalls auf diese Frage beschränkt. So ist man in China höchst verärgert darüber, dass eine Reihe von Sanktionen, die Washington wegen des Verdachts der Verbreitung von massenvernichtungswaffentauglichen Technologien durch China gegen Beijing erlassen hatte, auch nach dem Schulterchluss in der Bekämpfung des Terrorismus weiterhin Bestand haben. Dies trifft China insbesondere angesichts der Tatsache, dass ähnliche Sanktionen wegen der Verbreitung von Atomwaffen gegen Pakistan und Indien nach dem 11. September ausgesetzt worden waren und die Begründung für die Aufrechterhaltung der Zwangsmaßnahmen gegen China seitens der USA ausgerechnet damit begründet wird, die Volksrepublik habe raketentaugliches Material an Pakistan geliefert.

Die einseitige Aufkündigung des ABM-Vertrags, den die Vereinigten Staaten Mitte Dezember offiziell ankündigten, muss hier in China nur als ein weiteres Indiz für eine berechtigte Furcht vor Einkreisung gewertet werden. Entsprechend kommentierte die Beijinger Volkszeitung (*Renmin Ribao*) auch, die USA und Russland hätten einen politischen Kuhhandel abgeschlossen: Entgegenkommen der USA in verschiedenen russischen Belangen gegen die Aufgabe des Widerstands Moskaus gegen die Aufkündigung des Vertrags von 1972. Die Vereinigten Staaten hätten Zugeständnisse in der Tschetschenien-Frage gemacht, hätten

umfangreiche bilaterale Abrüstungsschritte im Bereich der strategischen Atomwaffen zugestimmt, wären bereit gewesen, die Osterweiterung der NATO zu bremsen und hätten nicht zuletzt Garantien dafür gewährt, russische Interessen in Afghanistan und in Zentralasien nicht zu gefährden. Damit habe man sich das russische Schweigen zur unilateralen Aufkündigung erkaufte.

Die chinesische Regierung fand weniger harsche Worte der Kritik und wiederholte lediglich ihre Mahnung, dieser Schritt der USA berge die Gefahr einer Destabilisierung des internationalen Rüstungskontrollregimes und damit auch das Potenzial für eine neue Runde im Wettrüsten. Das gelte insbesondere für die benachbarten Atommächte Indien und Pakistan.

Zu Recht fürchtet China natürlich auch die Neutralisierung seines eigenen nuklearen Abschreckungspotenzials, das amerikanische Geheimdienstexperten mit etwa zwanzig Interkontinentalraketen beziffern, durch ein zukünftiges amerikanisches Raketenabwehrsystem. Die insgesamt doch geringe Schärfe auch der chinesischen Kritik an dem unilateralen Schritt der USA dürfte jedoch darauf zurückzuführen sein, dass im Vorfeld der öffentlichen Verkündung der Entscheidung durch US-Präsident Bush Telefongespräche zwischen diesem und Jiang Zemin sowie zwischen Colin Powell und Tang Jiaxuan stattgefunden hatten. Die USA waren offensichtlich darauf aus, die chinesische Regierung nicht zu überrumpeln, und nahmen Rücksicht auf das Selbstwertgefühl der VR China, indem sie zusätzlich hochrangige strategische Gespräche anboten. Jiang Zemin nahm dieses Angebot – in Ermangelung einer Alternative – an und stimmte einer baldigen Aufnahme des Dialogs zu. (WSJ, 7.12.01; NZZ, 8.12.01; *Le Monde Diplomatique*, Dezember 01; IHT, 14.12.01; FAZ, 15.12.01; RMRB online, 18.12.01, nach BBC PF, 19.12.01; ZTS, 19.12.01, nach BBC PF, 20.12.01; RMRB online, 21.12.01, nach BBC PF, 24.12.01) -kg-

5 China an der Seite Afghanistans

Nur wenige Tage nach der bei Bonn zwischen den verschiedenen Vertretern der afghanischen Allianz gegen die Taliban erreichten Übereinkunft zur Bildung einer Übergangsregierung in Kabul am 5. Dezember, entsendete die chinesische Regierung eine Arbeitsgruppe des Außenministeriums zur Inspektion der ehemaligen chinesischen Botschaft in Afghanistan. Das Gelände war von China aufgrund von Sicherheitsbedenken bereits im Jahr 1993 aufgegeben worden und verfügt nunmehr weder über Wasser- noch über Elektrizitätsanschluss.

Allerdings kündigte der Chef der afghanischen Übergangsregierung Karzai persönlich an, sich für die Wiederherstellung der Versorgung einzusetzen, als er nur zwei Tage nach seiner offiziellen Amtseinführung in einem Treffen mit dem Leiter der Arbeitsgruppe des chinesischen Außenministeriums in Kabul, Zhang Min, am 23. Dezember davon erfuhr. In dem Treffen verband Zhang die Glückwünsche der chinesischen Regierung an Karzai und seine Interimsregierung mit der Zusicherung chinesischer Unterstützung beim Wiederaufbau Afghanistans sowie mit der Bereitstellung von Nothilfe im Umfang von ca. 3,6 Mio. US\$. Dieses chinesische Nothilfeprogramm war schon zuvor im Rahmen des Besuchs des pakistanischen Präsidenten Musharraf in China von Jiang Zemin höchstpersönlich angekündigt worden.

Hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Afghanistan nach der Machtübernahme durch die von einer breiten Allianz getragenen Übergangsregierung war China als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in erster Linie an den Verhandlungen über die Entsendung einer internationalen Friedenstruppe beteiligt. Die chinesische Regierung machte in diesem Zusammenhang mehrfach ihren Standpunkt deutlich, jede Truppenstationierung in dem südasiatischen Land müsse vom Sicherheitsrat gestützt sein und dem Ziel dienen, die Stabilität in dem Land wiederherzustellen. Dabei sei es von besonderer Bedeutung, dass die Charter der Vereinten Nationen eingehalten und sowohl die Souveränität als

auch die territoriale Integrität Afghanistans gewahrt blieben – Formulierungen, die sich eindeutig gegen Alleingänge seitens der USA und ihrer Verbündeten richteten und darüber hinaus den Wunsch nach einer raschen Beendigung der dominanten Rolle der USA in der Region beinhalteten. Selbst wolle sich China allerdings an einer multinationalen Friedenstruppe nach wie vor auch in Afghanistan nicht beteiligen, hieß es seitens der chinesischen Regierung. (XNA, 21.12., 22.12., 25.12.01; ZXS, 13.12.01, nach BBC PF, 14.12.01) -kg-

6 Chinesisch-pakistanische Freundschaft mit Schönheitsfehlern

Offiziell wurde der fünftägige Staatsbesuch des pakistanischen Präsidenten General Musharraf vom 20. bis 25. Dezember in China lediglich als angemessener Schritt zum fünfzigjährigen Bestehen diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten bezeichnet. Konkreten Gesprächsbedarf gab es aus der Sicht beider Regierungen angesichts der Entwicklungen rund um den amerikanischen Feldzug in Afghanistan jedoch mehr als genug.

Vordergründig war man um die Betonung der ewigen Freundschaft zwischen den beiden Staaten und ihrer Völker über alle ideologischen und kulturellen Unterschiede hinweg bemüht. Hintergründig ging es insbesondere der chinesischen Seite darum, sich der Position Pakistans an ihrer Seite zu vergewissern, nachdem Pakistan in den Augen der USA offensichtlich nicht länger als potenzieller Schurkenstaat dasteht und im Zusammenhang mit Afghanistan nach dem 11. September gar eine Kehrtwende und den offiziellen Schulterchluss mit den Vereinigten Staaten vollzogen hatte.

China ist im eigenen Interesse auf die Wahrung der inneren Stabilität in Pakistan bedacht und hat es daher im Wettbewerb mit amerikanischen Hilfsangeboten seit September nicht an Unterstützung für General Musharraf fehlen lassen. In seinem Treffen mit Musharraf brachte Jiang Zemin es denn auch auf die Formel, China sei froh zu sehen, dass Pakistan den dramatischen Veränderungen nach dem 11. September standgehal-

ten habe und in der Lage gewesen sei, Stabilität zu wahren, seine Wirtschaft zu beleben und sein außenpolitisches Umfeld zu verbessern. Politische Stabilität in Pakistan liege nicht allein im Interesse des pakistanischen Volkes, sondern habe gleichermaßen Auswirkungen auf den Frieden und die Stabilität der Region. Dies ist nicht zuletzt auf die veränderte Lage zwischen Pakistan und den USA zurückzuführen.

Da die chinesische Regierung im Rahmen einer Neueinschätzung der Kräfteentwicklung in Südasien nun aber seit geraumer Zeit von ihrer einseitigen Unterstützung der pakistanischen Position insbesondere gegenüber Indien abgerückt war und eine insgesamt neutralere Haltung eingenommen hatte, mussten jetzt offenbar Schritte folgen, um sich Pakistans erneut zu versichern. Bereits seit Mitte September hatte eine intensive Reisediplomatie zwischen Beijing und Islamabad eingesetzt.

China hat Pakistan in diesem Zusammenhang in erster Linie wirtschaftlich-technische Kooperation anzubieten, die von Pakistan gern gesehen wird. So standen während des Besuchs Musharrafs denn auch nicht weniger als sieben Verträge in diesem Bereich zur Unterzeichnung bereit. In erster Linie handelt es sich um Infrastrukturprojekte im Bereich Energie und Transport, von denen sich auch China, wie im Fall des Hafensprojekts von Gwadar, dessen erster Spatenstich nunmehr für den 23.3.2002 geplant ist, langfristig ebenfalls eigene Vorteile verspricht.

In Beijing dürfte am Ende des Besuchs letztlich jedoch mehr Zufriedenheit mit dem Gast geherrscht haben als auf pakistanischer Seite mit dem Gastgeber. Immerhin erwartet Pakistan auch von den USA bereits zugesagte gegenleistungsfreie Finanzhilfen von zunächst einer Mrd. US\$ zum Ausgleich für kriegsbedingte Steuer-, Investitions- und Exportausfälle. Die chinesische Nothilfe belief sich während der vergangenen drei Monate ebenfalls auf 1,2 Mrd. US\$, wovon wie berichtet, allerdings ein Teil direkt afghanischen Flüchtlingen zugute kommen sollte.

Unbefriedigend dürfte für Musharraf insbesondere gewesen sein, dass Chi-

na nicht mehr gewillt ist, an der Seite Pakistans gegen den Erzrivalen Indien zu stehen. So blieben denn auch die noch während des Besuchs Musharrafs von Indien erhobenen Vorwürfe gegen Pakistan im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag auf das indische Parlamentsgebäude am 13. Dezember von China weitgehend unkommentiert. Musharraf selbst hatte vor einem gemischten Auditorium in Beijing den Anschlag öffentlich verurteilt, zugleich aber indische Vorwürfe gegen sein Land zurückgewiesen.

Die in diesem Zusammenhang und hinsichtlich der langanhaltenden Spannungen um Kashmir von Musharraf gewünschte Einflussnahme Beijings auf Indien blieb ihm jedoch versagt. Auch während der Eskalation des neuerlichen Konflikts und dem Einsatz von Waffengewalt entlang der indisch-pakistanischen Demarkationslinie, ließ China Ende Dezember aus pakistanischer Sicht eine eindeutige Stellungnahme vermissen. Die chinesische Regierung beschränkte sich vielmehr darauf, die Grenzzwischenfälle und Schuldzuweisungen zu verurteilen und die beiden Beteiligten gleichermaßen mehrfach zu größerer Zurückhaltung und ernsthaften Bemühungen um Deeskalation aufzurufen.

Auch das chinesische Entgegenkommen, das China im Hinblick auf den Wunsch Pakistans nach einem Beitritt zur *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) gezeigt habe, dürfte in diesem Zusammenhang nur ein schwacher Trost für die pakistanische Regierung sein. Denn letztlich ist eine chinesische Unterstützung dieses Ansinnens seitens des verbündeten Pakistan ebenfalls nicht ganz uneigennützig. Schließlich drohen die von den USA versprochenen umfangreichen Militärhilfen an die Mitgliedsstaaten Usbekistan, Kasachstan und Kirgistan das bisherige chinesische finanzielle Engagement in dieser Region verblassen und die Popularität Beijings in Zentralasien schwinden zu lassen. Einen „in ewiger Freundschaft“ mit China eng verbundenen Partner innerhalb der SCO zu wissen, könnte sich für die chinesischen Pläne in und mit dieser selbst initiierten Regionalorganisation als durchaus vorteilhaft erweisen. (HB, 28.1.02; FT, 21.12.01; Xinhua, 18.12.01, nach BBC PF, 20.12.01; Xinhua, 20.12.01, nach BBC PF, 21.12.01;

Xinhua, 23.12.01, nach BBC PF, 25.12.01; Xinhua, 26.12.01, nach BBC PF, 27.12.01; WSJ, 17.12.01; XNA, 8.12., 21.12.01; Pakistan TV, 20.12.01, nach BBC PF, 21.12.01; Pakistan TV, 20.12.01, nach BBC PF, 22.12.01; China Radio International, 21.12.01, nach BBC PF, 23.12.01; PTI News Agency, 27.12.01, nach BBC PF, 28.12.01; PTI News Agency, 29.12.01, nach BBC PF, 30.12.01; Radio Pakistan, 14.12.01, nach BBC PF, 15.12.01; Radio Pakistan, 21.12.01, nach BBC PF, 22.12.01; Radio Pakistan, 23.12.01, nach BBC PF, 24.12.01) -kg-

7 Armutszeugnis für Beijings Taiwan Watchers

Obwohl sich Politiker, Militärs und Kommentatoren auf der Festlandseite der Straße von Taiwan im Vorfeld der Wahlen auf der Insel im Gegensatz zu früheren Ereignissen dieser Art mit Warnungen und Drohgebärden merklich zurückgehalten hatten, waren der überragende Sieg der Democratic Progressive Party (DPP) des taiwanischen Präsidenten Chen Shuibian und die enormen Verluste des Beijinger Wunschgegenspielers der Guomin Dang (Kuomintang, KMT) offensichtlich eine große Überraschung für die Beobachter in der Volksrepublik China.

In allen Think Tanks der Volksrepublik China hatte noch bis zum Wahltag die Annahme vorgeherrscht, die KMT werde zwar leicht verlieren, nach wie vor jedoch stärkste Partei im taiwanischen Parlament bleiben. Als es ganz anders kam, mussten die chinesischen Taiwan Watchers kleinlaut ihre offensichtlich primär von Wunschdenken bestimmten eklatanten Fehlprognosen eingestehen. Prof. Xu Bodong, Direktor des Taiwan-Instituts der Beijing Universität wird mit den Worten zitiert, die chinesische „Seite habe den wahren Volkswillen in Taiwan nicht richtig erfasst“.

Man musste eingestehen, dass das Wahlergebnis in Taiwan angesichts der schlimmsten Rezession in Taiwans Geschichte eindeutig wirtschaftliche und taiwaninterne Fragen wahlentscheidend waren und nicht die Beziehungen zur Volksrepublik China. Man könne daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass auch eine Verbesse-

rung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Taiwan nicht unbedingt dazu führen werde, die Bevölkerung Taiwans näher an die Volksrepublik zu binden, hieß es aus akademischen Kreisen in China.

Wie sehr man in der politischen Führung Chinas von dem Erdrutschsieg der DPP überrascht worden war und welche Probleme man mit der politischen Einschätzung der Lage nach den Wahlen in Taiwan hatte, zeigt die Tatsache, dass man bis zur öffentlichen Kommentierung eine halbe Woche verstreichen ließ. Dann allerdings gab es Warnungen vor einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße. (Hongkong iMail, 3.12.01, nach BBC PF, 4.12.01; NZZ, 3.12.01; FAZ, 5.12., 6.12.01; CNAT, 3.12.01, nach FBIS, 4.12.01; CNAT, 1.12.01, nach BBC PF, 2.12.01; CNAT, 2.12.01, nach BBC PF, 3.12.01) -kg-

8 Besorgt um Landsleute in Argentinien

Der Ausbruch der sozialen Unruhen in Argentinien veranlasste die chinesische Regierung zur Sorge um in Argentinien lebende Landsleute. Man schätzt, dass insgesamt etwa 30.000 bis 40.000 ethnische Chinesen zumeist aus den südostchinesischen Provinzen Fujian und Guangdong in dem südamerikanischen Land leben.

Chinesischen Berichten zufolge hatten Auslandschinesen und chinesischstämmige Argentinier insbesondere unter den Plünderungen kurz vor Weihnachten zu leiden. Allein in Buenos Aires seien diesen Übergriffen mehr als 500 chinesische Geschäfte zum Opfer gefallen. Die chinesische Botschaft in Argentinien hatte nach Auskunft des chinesischen Botschafters Wang Yuying aufgrund argentinischer Medienberichte über Angriffe auf chinesische Ladenbesitzer und verletzte chinesische Staatsbürger bereits Diplomaten mit der Aufklärung solcher Vorkommnisse betraut. Weiterhin sei man bei der argentinischen Regierung vorstellig geworden und habe einen wirksamen Schutz des Lebens und des Eigentums chinesischer Staatsbürger verlangt. Gleichlautende Forderungen erhob in China auch die All-China Federation of Returned Overseas Chinese.

Während Xinhua nur von einer nicht näher bezifferten Anzahl von Verletzten unter den Chinesen in Argentinien berichtete, sprach die Nachrichtenagentur Zhongguo Tongxun She in Hongkong von zehn Toten unter der chinesischen Bevölkerung. Ihr Tod sei zum Teil darauf zurückzuführen, dass sie anstürmenden Plünderern Widerstand geleistet und daraufhin von diesen zu Tode getrampelt worden seien. Andere hätten angesichts des Totalverlusts ihres Eigentums verzweifelt Selbstmord begangen. (Xinhua, 22.12.01, nach BBC PF, 24.12.01; Xinhua, 23.12.01, nach BBC PF, 24.12.01; ZTS, 22.12.01, nach BBC PF, 23.12.01) -kg-

Innenpolitik

9 Abberufung des Shanghaier Bürgermeisters Xu Kuangdi – Ende einer politischen Karriere?

Die Nachricht von der Abberufung des Shanghaier Bürgermeisters Xu Kuangdi, die am 7. Dezember bekannt wurde, überraschte die chinesische und die internationale Öffentlichkeit ebenso wie angeblich auch den Betroffenen selbst. Der 64-jährige Xu Kuangdi verlor neben seinem Amt als Bürgermeister auch sein Amt als stellvertretender Parteisekretär Shanghais.

Gründe für die überraschende Abberufung Xu Kuangdis wurden von offizieller Seite nicht genannt. Die staatlichen Medien meldeten einzig, dass der Ständige Ausschuss des Shanghaier Volkskongresses seinen Rücktritt angenommen habe und dass das Zentralkomitee der KPCh Xu zum Parteisekretär der Chinesischen Akademie für Ingenieurwesen in Beijing ernannt habe. Gemeldet wurde außerdem, dass als Nachfolger im Amt des Bürgermeisters der 55-jährige Chen Liangyu antreten wird, der bislang stellvertretender Bürgermeister Shanghais war. Auch die offizielle Website der kommunalen Verwaltung Shanghais weist nur lapidar auf die Versetzung Xus nach Beijing hin und zeigt eine Foto-